Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 4 (1984)
Heft: 7

Artikel: Krise der Gewerkschaftspolitik - am Beispiel der Uhrenindustrie
Autor: Osterwalder, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651571

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fritz Osterwalder

Krise der Gewerkschaftspolitik – am Beispiel der Uhrenindustrie

Erfahrungen im Arbeitskampf

Die Diskussion über neue Technologien, Krise und Gegenstrategie der Arbeiterbewegung soll sich nicht auf allgemeine Feststellungen beschränken. Auch in der Schweiz liegen genügend einschneidende Erfahrungen vor, um die Diskussion auf die praktische Politik auszuweiten. Ziel meines Beitrages ist es, aufgrund längerer gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen in der Uhrenindustrie einige Probleme aufzuwerfen. Dabei beziehe ich mich auf die Erfahrung, die im Rahmen der Partei gemacht wurden, also auf die Gewerkschaftspolitik der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Gewiss könnte man bereits hier entgegenhalten, die Krise in der Uhrenindustrie sei untypisch für die Schweiz und dementsprechend wenig aufschlussreich für die Auswirkungen der Technologiepolitik. Mit diesem nur teilweise berechtigten Einwand will ich mich in den ersten Abschnitten auseinandersetzen.

Umstrukturierung, Krise und Arbeitsplatzverlust

Über die Tatsache der Krise in der Uhrenindustrie gibt es nicht viele Worte zu verlieren. 1951 lieferte die Uhrenindustrie 20 % des gesamten schweizerischen Exportes, 1982 noch knappe 6,7 %. Am Vorabend der Krisenentwicklung, vor knapp 20 Jahren,beschäftigte diese Branche noch 95 000 Lohnabhängige, Ende 1983 noch 32 000, im März 84 30 000, und ein schnelles Absinken bis auf 25 - 20 000 ist vorauszusehen (1).
Sicher tritt eine solche Talfahrt für die gesamte schweizerische Wirtschaft kaum ein, auch wenn in andern Branchen, wie z.B. in der Textil- und Bekleidungsindustrie, ein ähnlicher Rückgang zu verzeichnen ist.
Seit 10 Jahren gibt es aber einen absoluten Rückgang an Arbeitsplätzen in der ganzen Schweiz. Nahmen von 1975 bis 1983 die Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe um 10,6 % ab, so stiegen sie zwar im Dienstleistungsbereich noch um 5,4 % an. Doch bereits von 82 auf 83 ist auch im tertiären Bereich der Arbeitsmarkt rückläufig. So wird sich seit 10 Jahren der negative Saldo in den kommenden Jahren noch verstärken (2).
Das Arbeitsplatzproblem steht also nicht nur in der Uhrenindustrie im Zentrum, sondern ist ein Problem für die Gesamtheit der schweizerischen Lohnabhängigen.
Beat Kappeler, Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), verneint dies ausdrücklich:
„Falls die Schweiz – gerade auch dank der raschen Einführung der Mikroelektronik und der Weiterbildung daraufhin – konkurrenzfähig bleibt, sind diese Arbeitsplatzentwicklungen nicht dramatisch, im Gegenteil, sie können sich sogar ins Positive umkehren.“ (3)
Mit dieser optimistischen Sicht stützt sich Kappeler auf die Angaben der „Prognos-Studie“ (4), die annimmt, dass die Mikroelektronik in der Schweiz

bis 1990 zwar 43 000 unqualifizierte Arbeitsplätze zerstören wird, ihre Produktion aber im gleichen Zeitraum 69 000 mit höheren Qualifikationen zusätzlich schaffen kann. Die Krise wäre also kein Beschäftigungs-, sondern „nur" ein Umschulungsproblem. Die Arbeiterbewegung müsste demnach auf eine schnelle Einführung der Mikroelektronik in die Produktion und in die Produktepalette drängen.

Abgesehen davon, dass die „Prognos-Studie" rechnerische Fehler enthält (5) sowie von einem unbegründeten Optimismus über den Konjunkturverlauf ausgeht, steckt in der Einschätzung von Kappeler ein Grundsatzentscheid, der zu falschen strategischen Schlussfolgerungen führt.

Bereits Marx hat im „Kapital" (6) nachgewiesen, dass die Vorstellung irreführend ist, die durch Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte würden durch die Herstellung von rationelleren Maschinen wieder aufgesogen. Es liegt eben in der Logik der kapitalistischen Krisenlösung, eine Arbeitslosenarmee entstehen zu lassen, die es erlaubt, den Mehrwert absolut und relativ zu erhöhen.

Um das zu sehen, genügt ein Blick in die andern Branchen. Der Hauptpfeiler der schweizerischen Exportindustrie und der Industrie überhaupt, die Metallindustrie, hat zwar in den 70er Jahren seine Position auf dem Weltmarkt gehalten und steht auch nicht vor einem Niedergang wie die Uhrenindustrie. Dennoch stehen Probleme an, die sich alle auf die Beschäftigungslage auswirken werden:

– Der Exportanstieg in Richtung Entwicklungsländer ist abgebrochen.

– Die Krise hat die Natur der Nachfrage in den entwickelten Ländern, den Hauptkunden der schweizerischen Exporte, verändert. Auf diesen Märkten steht der schweizerische Lieferant mit seinen Produkten jetzt Konkurrenten gegenüber, die ihm nicht nur in der Produktion, sondern auch im Produkt selbst überlegen sind (in der Elektronik die BRD, Japan und die USA). Die Mikroelektronik führt also nicht zur Ausweitung der Märkte (wie „Prognos" und Kappeler annehmen), sondern vor allem zu einer Verschärfung der Konkurrenz.

Die Hoffnungen, die mit der Einführung der Mikroelektronik verknüpft werden, werden noch durch einen weiteren Aspekt gedämpft. 60 % der schweizerischen Exporteure von Werkzeugmaschinen geben an, dass für sie der Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt aus dem eigenen Land stamme. (7)

Für andere Branchen dürften ähnliche Verhältnisse nachzuweisen sein (vergl. Textilmaschinen). Dies entkräftigt nicht nur das Argument der Unternehmer, demzufolge alle Veränderungen zugunsten der Lohnabhängigen in der Schweiz die Stellung der Exporteure auf dem Weltmarkt verschlechterten und sich nur negativ auf die Lage der Lohnabhängigen letztlich auswirken könnten. Es erschüttert ebenso die Glaubseligkeit der Gewerkschaftsführung, die hofft, dass die Förderung der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe durch Rationalisierungen dazu beitrage, den Bedürfnissen der Arbeiter/innen in der Schweiz gerecht zu werden.

Was bedeutet für das Kapital Umstrukturierung?

Die Krise löst nicht nur eine Konzentrations- und Zentralisationswelle des Kapitals und die Zerstörung von Kapital aus, sondern als Folge davon ändert sich auch die Strategie der Unternehmerpolitik.
In praktisch einem Jahr haben die Grossbanken de facto die Aktionäre der beiden Uhrentrusts SSIH und ASUAG enteignet (Abschreibungen der Aktien auf 5 %), beide Trusts zusammengelegt sowie begonnen, nicht nur Abteilungen sondern auch eigene und fremde Betriebe stillzulegen, die zwar noch durchaus produzierfähig, aber nicht mehr genügend profitfähig sind.
Die Änderungen in der Strategie der Unternehmer lassen sich auf drei Ebenen aufzeigen:
1. Nicht nur „faule" Branchen wie die Uhrenindustrie werden liquidiert oder redimensioniert, sondern auch „faule" Sektoren, wie z.B. die Giessereien, oder Abteilungen.
2. Für die Herstellung neuer Produkte werden neue Technologien eingesetzt. Mit der Produktion der Quarzuhr wurden die gesamten Produktionsmethoden in der Uhrenindustrie umgestellt. In der Metallindustrie läuft dieser Prozess erst an. 1977 kam die erste Generation der NC-Werkzeug-Maschinen auf den Markt, 1981 die zweite (rund 30 - 55 % aller in der Schweiz hergestellten Werkzeugmaschinen).
3. Rationalisierungen werden unabhängig oder mit neuen Technologien durchgeführt bei gleichlaufender Produktion. Diese Entwicklung bringt die grössten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und läuft eben erst an. Nach der Untersuchung des „Institut Batelle" sind in der Schweiz in der Industrie bis jetzt erst 15 - 20 % der Maschinen numerisch gesteuert. Durch die Verbilligung der NC werden sie auch in kleineren Betrieben anwendbar, ihr Einsatz im Büro steht erst bevor. Hatten wir bis jetzt vor allem Rationalisierungen und Arbeitsplatzverluste wegen Rückgang der Märkte und Neuorganisation in der Arbeit, so stehen alsbald noch massive Innovationsschübe bevor.(8)
Diese Entwicklung geht in der gesamten schweizerischen Industrie vor sich. Insofern steht die Uhrenindustrie auch beispielhaft da, die Unternehmer benützen sie entsprechend als Laboratorium für ihre Politik:
Hauptziel ist die Steigerung der Mehrwert- und infolgedessen der Ausbeutungsrate. Mit dem einfachsten Mittel der Lohnsenkung haben die Unternehmer bereits erfolgreich begonnen. Mit der Schaffung eines festen Sockels der Arbeitslosigkeit – in einigen Regionen, Jura, Seeland, Tessin bereits „erfolgreich" – wird der Lohndruck nach unten noch erhöht.
Mit der Einführung von *neuen Arbeitsformen* kann aber gegenwärtig noch eine potenzierte Wirkung erreicht werden. Die passive oder sogar arbeitgeberfreundliche Zustimmung der Gewerkschaftsführungen sowie teilweise eine Jober-Mentalität bei jugendlichen Arbeiter/innen geben dabei dieser Unternehmerpolitik beinahe freie Hand: Die sozial schwachen Schichten der Lohnabhängigen, Frauen, Immigranten, Jugendliche,müssen für die Einführung von Nachtarbeit, durchlaufender Schichtarbeit, Teilzeitarbeit herhalten. Damit werden nicht nur die Gesamtarbeitsverträge durchlöchert, die Auswirkungen sind viel weitreichender:

– Die Maschinen (fixes Kapital) sollen schneller umgesetzt, verwertet werden, da sie durch die technologische Erneuerung sehr schnell veraltet sind.
– Die Arbeitskraft soll total den Interessen des Kapitals angepasst werden. Bereits sehen die Teilzeitarbeitsverhältnisse in der Chemie so aus, dass in Spitzenzeiten dazugearbeitet, in Flautezeiten reduziert werden muss. Überzeitzuschläge und Kosten für nicht ausgenützte Arbeitszeit fallen hinweg.
– Zudem wird dadurch die Intensität der Arbeit massiv gesteigert. 1 Stunde Arbeitszeit eines 5-Std-Arbeitstages (bei stark reduziertem Lohn) produziert mehr als eine eines 7 1/2-Std-Arbeitstages. Eine durch Doppelbelastung und Nachtarbeit vollständig gestresste Frau ist für repetitive Arbeit viel geeigneter als ein Mann, der seinen eigenen Rhythmus festlegen will.
Nicht zufällig macht hier die Uhrenindustrie mit der ETA-AG, einer Tochter des neuen Super-Trusts aus der Uhrenstadt Grenchen,diesbezüglich einen Vorstoss für die ganze Schweizer Industrie. Ist die Nachtarbeit für Frauen hier einmal gesichert, wird das BIGA das gesetzliche Verbot mehr und mehr durchlöchern.

Gewerkschaft – unvorbereitet und demobilisierend

Der SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband) war auf diese Probleme überhaupt nicht vorbereitet. Die Gewerkschaftsführung mit ihren 40 Jahren Kollaborationspolitik hatte die Gewerkschaftsbasis derart desorganisiert, dass sich Widerstand nur sehr schwer über die Organisation entwickeln konnte. Erinnern wir uns. Im August 1972, als die Uhrenkrise begann und die Unternehmer den Teuerungsausgleich verweigerten, gab es im SMUV in der Uhrenindustrie eine Aufruhrstimmung. An einer Delegiertenversammlung trat die Führung an, um die Wogen zu glätten, um den Widerstand von Anfang an zu demobilisieren.
„Wir sind verantwortlich für das Leben und die Zukunft der Uhrenindustrie, selbstverständlich aber vor allem auch für das Leben der Arbeiter, die dort schaffen. Und darum ist es unmöglich, hier die Frage der Lohnerhöhung um Fr. 1.– überhaupt zu stellen."
So damals der Sekretär der Uhrenregion Besuchet.
Und weiter Tschumi, der noch heute Zentralsekretär für die Uhren-Industrie des SMUV ist:
„Unsere Uhrenindustrie befindet sich vor neuen Problemen, die sie lösen muss, und es werden neue dazu kommen, aber man muss nichts dramatisieren."
Die einzige Forderung, die erhoben wurde – neben dem Verzicht auf die Lohnerhöhungen und dann auch auf den Teuerungsausgleich – war die Nach-Information. Aber Information, nicht um sich zu wehren gegen die Entlassungen, sondern um „genügend früh die Vorkehrungen zu treffen, die für ihn und seine Familie besser sind" (9), d.h. kampflos den Arbeitsplatz zu räumen. Damit hat die SMUV-Leitung die Hellhörigkeit eines Teils ihrer Basis in den Wind geschlagen und die Aktiven im Verband blockiert. In den kommenden Jahren wurden Betriebsschliessungen (10), Entlassungen, Lohnkürzungen usw. akzeptiert und damit begründet, sie sicherten Arbeitsplätze. Nie wurde

versucht, auch nur die geringste Abwehr gegen die Entlassungen zu organisieren. Im Gegenteil: noch 1982 bei den Grossentlassungen bei Bulova und OMEGA wehrte sich die SMUV-Führung gegen jede Aktion mit dem Hinweis, die Entlassungen seien ein Weg zur Gesundung und sicherten die noch bleibenden Arbeitsplätze.
Gerade diese Strategie der „Sicherung" hat der Arbeiterschaft in der Uhrenindustrie eine empfindliche Niederlage eingebracht. Nicht nur gingen 70 000 Arbeitsplätze verloren. Die Folgen waren: Verlust der Qualifikationen ohne Umschulung und maximale Verschärfung bei den noch verbleibenden Arbeitsplätzen.
Angesichts dieser Tatsachen mutet es gerade zynisch an, wenn der SGB-Pressedienst und die SMUV-Zeitung die neuen Erfolge der schweizerischen Uhrenindustrie lobt und anmerkt:
„Dieses Beispiel aus der Uhrenindustrie zeigt, wie verfehlt die Haltung jener ist, die wegen ideologischer Scheuklappen Bundeshilfe grundsätzlich ablehnen." (5.4.84)
Die SMUV-Führung setzt auch in den andern Branchen ihre Politik fort. Als bei Hermes-Precisa erster Widerstand gegen die Entlassungen aufkam, wetterte der Zentralsekretär A. Ghelfi:
„Die Zukunft des Betriebes hängt von seiner Anpassung an die Bedingungen des Marktes ab (. . .) Angesichts dieser Tatsache nützen weder (. . .) weinerliche Briefe, entschlossene Resolutionen, verschiedenartigste Versammlungen, die von einer Handvoll verspäteter Revolutionäre einberufen werden. Die Tatsachen zeigen sich stärker als all diese *konservativen* Aktionen." (Lutte Syndicale" 30. März 1984)
Verteidigung der Arbeitsplätze als konservative Aktion gegen die gewerkschaftliche Weitsicht über den Lauf der Wirtschaftsentwicklung?
Die Alternative zu diesem „Konservatismus" gerät für einen Teil der Gewerkschaftsführung immer mehr zu dem, was sie in Anlehnung an A. Gorz „Zeitautonomie" nennen. Damit wird zwar weder auf das Problem der Entlassungen, noch auf das der Steigerung der Arbeitsintensität und noch auf das der Lohnkürzungen geantwortet, dafür wird der neuen Arbeitszeitpolitik der Unternehmer Tür und Tor geöffnet.
„Man könnte schliesslich auch die Zeitautonomie der Leute erhöhen, d.h. über einen grösseren Teil seines Lebensbudgets frei verfügen und endlich den Fortschritt geniessen", sagt Beat Kappeler in einem Gespräch.
Und R. Strahm (SPS-Zentralsekretär) erklärt, was darunter praktisch zu verstehen ist:
„So scheint es uns richtig, dass nebst der linearen Arbeitszeitverkürzung von öffentlichen Betrieben z.B. gefordert wird, 10 % des Arbeitsvolumens für Teilzeitarbeit zur Verfügung zu stellen." (11)
Unter diesem Stichwort „Zeitautonomie" darf dann sogar Schichtarbeit wieder aktuell werden. Dazu Ruth Dreifuss – ebenfalls SGB-Sekretärin – in einem Gespräch mit dem Unternehmer Th. Fässler:
„Fässler: Jene Beschäftigten, die bereit sind, im Dreischichtbetrieb zu arbeiten und damit die kapitalintensiven Maschinen optimal nutzen helfen, sollen mit der 34-Std-Woche belohnt werden. Wer zweischichtig arbeitet, soll dies

in der 38-Std-Woche tun können.
Tagi: Lassen die Gewerkschaften mit sich reden über ein solches Arbeits-‚Modell'?
Dreifuss: Für Alternativen zur starren Arbeitszeitregelung waren wir immer zu haben. Aber wir wehren uns gegen eine kalte ‚Deregulation' arbeitszeitlicher Schutzmassnahmen. Aber dass sich jemand die Schichtarbeit statt mit mehr Geld mit mehr Freizeit erkauft, dagegen haben wir grundsätzlich nichts." (12)
So erweist sich die Zeitautonomie mit schwachen Gewerkschaften als diejenige des Unternehmers, wie wir sie im vorgängigen Kapitel dargestellt haben. Über Lohndruck behält er die Zeitautonomie vollständig in der Hand (13)

Neue Gemeinsamkeiten, Selbständigkeit der Lohnabhängigen

Bei ihrer Arbeit in der Uhrenindustrie ist die SAP davon ausgegangen, dass der sozialpartnerschaftliche Rahmen des Kräfteverhältnisses zwischen Lohnabhängigen und Unternehmer geändert werden muss, wenn verhindert werden will, dass die Krise der mikroelektronischen Entwicklung nicht zuungunsten der Lohnabhängigen eingesetzt wird und weiter zu irreparablen gesellschaftlichen und natürlichen Schäden führt. Welche Strategien aber haben mittelfristige Perspektiven, die in der Gewerkschaftspolitik zu intervenieren vermögen? Dazu soll im folgenden kurz nachgezeichnet werden, welche Erfahrungen und Forderungen bisher im Arbeitskampf zentral gewesen sind. Die erste Auseinandersetzung begann für die SAP 1972 um den vollen Teuerungsausgleich. Sicher, diese Forderung war an sich überhaupt kein Mittel, um die Krisenfolgen abzuwenden. Bedeutender war, dass ein ganz kleiner Kern von Arbeiter/innen begann, der Devise der Gewerkschaftsführung sich zu widersetzen, derzufolge die Opferung der Arbeitsplätze diese sichern sollten.
So gelang es, erste informelle Kontakte zu aktiveren Arbeitern/innen, mehrheitlich Gewerkschaftsmitgliedern, aufzubauen. 1975 bildete sich aus ihnen auch eine lose Gruppierung. Sie wandte sich gegen die zunehmenden Entlassungen. Für diese Aktivistenkerne trat 1977 eine Wende ein, als sich die SMUV-Leitung spaltete und es damit möglich wurde, auch innerhalb der Gewerkschaft für eine aktive Politik zu mobilisieren. Das Manifest 77 entstand, welches allerdings schon ein Jahr später wieder aufgelöst wurde. Immerhin blieb aber ein Kontaktnetz der Aktivistenkerne über die ganze Uhrenregion bestehen. Als sich 1981 die Lage zuspitzte und der SMUV seine Linie fortsetzte, gelang es diesen Aktivisten, in breiterem Ausmass Gehör zu finden. Es kam zu Aktionen gegen den Lohnstopp (vor allem in der OMEGA). Erst in der Entlassungswelle 81/82 kam die Aktivität voll zum Tragen. In der BULOVA kam es zu einer breiteren Mobilisierung, in der OMEGA desgleichen. Dies führte dann schlussendlich im Sommer 82 zur ersten Uhrendemonstration, der sich auch der SMUV anschliessen musste, um nicht vollends das Gesicht zu verlieren. Die Forderung, um die herum diese Aktivität entstand, war extrem einfach: „Die Arbeitsplätze dort erhalten, wo sie sind". Sie knüpft an das Bewusstsein von breiten Schichten an und kann konsequent aufzeigen, dass mit der Zuspitzung der Krise in der Uhrenindustrie in der betroffenen Region eine katastrophale Arbeitslage entstehen wird.

Diese erste breitere Aktivität der Arbeiterschaft gegen die Krisenfolgen war auch politisch abgestützt. Um den ersten Widerstandskernen das Handeln zu erleichtern, hat die SAP sich für die Bildung eines linken Einheitskomitees eingesetzt, das sich die Unterstützung der Widerstandsformen und -forderungen zum Ziel setzte. PSA-Süd-Jura, SP und PdA schlossen sich diesem Komitee an. So deckten sich die Aktivisten ab auch gegen jene Teile der Gewerkschaftsführung, die sich jeder Mobilisierung widersetzten. In der jetzigen, zweiten Entlassungswelle hat sich der Aktivistenkreis ausgeweitet und arbeitet heute praktisch in der ganzen Uhrenregion.
Angesichts dieser Entwicklung bleiben u.a. zwei Fragen zu diskutieren:
Welche politische Bedeutung ist diesen Aktivitäten beizumessen? Es ist offensichtlich und wohl für niemanden ein Geheimnis, dass solche Aktivitäten die Arbeitsplätze in der Uhrenindustrie nicht verteidigen können. Ebensowenig geht es um irgendwelche „Bewegungsromantik", wie Hans Schäppi, Branchensekretär der GTCP, vermutet:

„Und es fehlen auch nicht die Revolutions- oder neuerdings Bewegungsromantiker, welche sich bemühen, die sehr spärlich vorhandenen Klassenkämpfe oder sonstigen Bewegungen zu verschärfen oder zuzuspitzen." (14)
Nein, mit Romantik hat dies in der Tat nichts zu tun. Vielmehr geht es darum, neue Kerne der „vorhandenen Klassenkämpfe" herauszubilden, die mittel- und längerfristig eine kollektive Aktion der Arbeiterbewegung tragen und garantieren können. Dabei handelt es sich um einen sozialen und politischen Prozess. Kolleginnen und Kollegen, die sich kennen und zusammen agieren, stärken ihr Selbstvertrauen und können Vorschläge entwickeln und tragen, mit denen sie selbständig und glaubwürdig weiterarbeiten können.
Da in den meisten anderen Sektoren aber die Krise unvergleichlich weniger stark ist und weniger schnell fortschreitet, besteht die konkrete Möglichkeit, aus diesen Erfahrungen im eigenen Sektor zu lernen und über solche Widerstandskerne hinaus auch eine Mobilisierung in den Gewerkschaften herbeizuführen.
Die andere Frage zielt auf die Probleme der politischen Strategie: Welche ist in der heutigen Krise zu verantworten, ohne dass die Lohnabhängigen den Preis dafür zu bezahlen haben?
Im Gegensatz zur SP und zur SMUV-Führung, die forderten, dass die Uhrenindustrie (im Besitz der Banken) mit staatlichen Geldern unterstützt werden sollte, verfolgte die SAP eine andere Richtung: Es ging darum aufzuzeigen, wie durch die Enteignung der Uhrenindustrie und die Schaffung eines öffentlichen Trusts, der unter der Kontrolle der Arbeitenden steht, eine Diversifizierung der Produktion möglich wäre, die nicht von der Profitabilität des Kapitals sondern von dem Bedarf nach Arbeitsplätzen in der Region geleitet wird. Diese Forderung wurde an der zweiten Uhrendemonstration im Winter 83 breit aufgenommen. Das Programm einer „Nationalisierung unter öffentlicher Kontrolle" gibt in der heutigen Krise den Rahmen einer mittelfristigen Perspektive ab, der weiterzudiskutieren ist. (15)
Es ist klar, dass sich eine linke Anti-Krisenstrategie nicht auf diese Forderung beschränken kann. Ebenso die Berufsbildungs- und Umschulungsfragen blei-

ben aktuell: Schaffung von öffentlichen Lehrwerkstätten für Lehre-, Weiterbildung und Umschulung. Gerade in der Uhrenregion hat diese Stossrichtung Gewicht erhalten gegenüber der Vorstellung der Gewerkschaftsführung, die sich darauf beschränkt, die Unterstellung der Lehrlinge unter den GAV zu fordern. Umfassendste und unmittelbarste Perspektive im Kampf gegen die Entlassungen und die Arbeitslosigkeit wie auch gegen den sozialen Druck, der Leute zur Annahme von Teilzeitarbeit zwingt, ist aber die Forderung nach massiver Arbeitszeitverkürzung. Dabei sollte diese Forderung aus dem Rahmen des „Arbeitsfriedens" (Einführung der 40-Std-Woche schrittweise bis ca. 1993) und den Kanälen der bürgerlichen Demokratie (Initiative) herausgenommen werden, um eine wirkliche Kampfperspektive für die Gesamtheit aller Lohnabhängigen zu entwickeln: die Verteilung der vorhandenen Arbeit unter alle. Damit soll verhindert werden, dass die Unternehmerseite die Krise kapitalistisch verwerten kann, um ihre Interessen über Lohndruck und Arbeitsplatzzerstörung weiter durchzusetzen.

ANMERKUNGEN

1. siehe dazu BAZ vom 24. März 1984
2. Tages-Anzeiger vom 16.5.1984
   Darin wird darauf hingewiesen, dass ein Rückgang im Dienstleistungsbereich jetzt auch in klassischen Bürosektoren, wie den Banken, eingesetzt hat. (Kreditanstalt in einem Jahr - 2 %)
3. SGB, Pressedienst vom 19. Jan. 1984 Nr. 2
4. „Auswirkungen der technischen Entwicklung in der Mikroelektronik auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Schweiz." Sogenannte „Prognos-Studie" im Auftrag des Nationalfonds, Projektleiter Hans Browa, Basel 1982
5. dazu NZZ Nr. 32, 9. Feb. 1984
6. Karl Marx: Das Kapital Bd. I. IV. Abschnitt 13. Kapitel 6. Die Kompensationstheorie bezüglich der durch Maschinerie verdrängten Arbeiter MEW Bd. 23 S. 461 ff.
7. Hieronimy, Gabus, Hattener, Sallin: „La diffusion de nouvelles technologies en Suisse" Saint Saphorin 1983, sogenannte Studie „Institut Batelle".
8. siehe 7.
9. Alle Zitate aus „Lutte Syndicale" vom 30. August 1972
10. Ausnahme war die „Jura-Watch", wo die Arbeiter/innen den Betrieb besetzten und weiterproduzierten und schlussendlich den Betrieb für kurze Zeit auch übernahmen. Sie wurden vom SMUV in Einvernehmen mit den Unternehmern unterstützt.
11. WOZ Nr. 11, 19. März 1982
12. Tages-Anzeiger 30. April 1984
13. Zeitautonomie der Arbeitenden als strategisches Ziel behält selbstverständlich eine grosse Bedeutung. Was heute die Autonomie der Lohnabhängigen entscheidet, ist das Kräfteverhältnis, das sie gegenüber den Unternehmern als „Klassenkollektiv" entwikkeln können. Zu Fragen der sozialen Organisation der Zeit und neuen Arbeitszeitpolitik vgl. verschiedene Beiträge in: Prokla, Heft 46, 1982.
14. Positionen 50/51 März 84 S. 20
15. Bezgl. der Nationalisierungen stimme ich mit Schäppi (siehe Anmerkung 14) überein. Die SAP erarbeitet in ihrer Zeitung „Bresche" verschiedene Aspekte dieser Perspektive. Über diese Perspektive wären auch gesellschaftliche Probleme, wie z.B. die Umweltzerstörung anzugehen: Kontrolle der Produktion durch die Produzenten ist die einzige Perspektive, Lösungen, die über die „Sachzwänge des Profits" hinausgehen, ins Auge zu fassen.